

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 6 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadipark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Kampf dem Zinswucher!

Von E. Wimmer, Regensburg. *)

Seit Jahrzehnten wird immer von einer zunehmenden Teuerung gesprochen und dieselbe bekämpft. Es hat nichts geholfen. Die Teuerung schritt voran. Dann wurde die Formel der Geldentwertung geprägt von interessierter Seite, die von anderen gutgläubig nachgesprochen wurde. Die Teuerung machte Lauffuß, Krieg, Revolution und „Wiederaufbau“ kamen. Die Teuerung reißt Galopp. Alle möglichen Mittel zur Bekämpfung der Teuerung wurden ausprobiert. Der eine Stand wurde über den anderen, der eine Beruf wurde über den anderen gehetzt. Die Teuerung feierte Orgien. Wird den Landeuten vorgemacht, daß an der Teuerung die Arbeiter mit ihren hohen Löhnen Schuld sind und so eine Erbitterung unter die Bauerschaft gegen die Industriearbeiter getragen, so wurde dieselbe Erbitterung unter die Arbeiterschaft gegen die Bauern getragen. Die Teuerung laumelte weiter. Zwischenhinein wurde der teureren Staatsverwaltung mit den hohen Beamtengehältern die Schuld zugeschoben. Wieder half es nichts. Die Teuerung kletterte weiter in die Höhe. Höchstpreise wurden vorgeschrieben und diese immer und immer wieder der Teuerung angepaßt und in die Höhe geschraubt. Denn die Teuerung forcht sich nicht daran und stieg weiter. So waren bisher, vor dem Kriege, während des Krieges und nach der Revolution alle Maßnahmen vergebens, um die Teuerung zu bekämpfen. Und warum vergebens? Weil die Bekämpfung der Teuerung dort und bei den Menschen eingesetzt wurde, die bloß als Werkzeug der Teuerung, der Geldentwertung des Wuchers dienen und dienen müssen, weil sie leben müssen, und ohne dem Wucher zu dienen nicht leben können. Die Ursache der Teuerung aber ist der Zinswucher, der zeitlich und sachlich unbegrenzt ist und unter allen möglichen Vorwänden getrieben wird.

Hier hat es in den letzten Jahrzehnten keine Regierung, keine Partei gewagt, zuzugreifen. Auch nicht die Revolution. Ich erinnere bloß daran, wie am 14. Dezember 1918 „unser“ glorreicher bayrischer Ministerpräsident, Kurt Eisner, Regensburg mit seinem Besuche „beglückte“, um die Leute über seine Botschaft des Lebens „in Freiheit, Schönheit und Würde“ aufzuklären. Die Versammlung wollte über auch etwas wissen, was nun mit den Kriegsgewinnlern und Wucherern geschieht, und auf einen entsprechenden Zwischenruf gab Eisner unter theatralischer Handbewegung die Antwort: „Paßt sie laufen, wir brauchen sie nicht, das deutsche Volk hat etwas Besseres, es hat die Arbeit.“ So, jetzt mußten wir's. Und die Kriegsgewinnler und Schieber mußten es zuerst schon, denn sie liefen und die Revolutionsgewinnler liefen mit. So sind unsere Schuldscheine, wie Aktien, Obligationen, Pfandbriefe usw., genannt Wertpapiere, zum großen Teil ins Ausland gewandert. Die Zinsen müssen nachgehandt werden. So kommt es, daß das Ausland ohnehin unser Geld erhält, und wenn Deutschland etwas mit deutschem Gelde zahlen will, dann heißt es vom Auslande: Von dieser Sorte haben wir schon genug. Damit wird die Baluta gedrückt.

Und vor dem Kriege war schon ein Drittel des deutschen Volksvermögens verschuldet, verschuldet und zinspflichtig. Es wurden statistisch erfasst vor dem Kriege in Millionen:

Aktienkapital (30. 9. 09)	14 787,3
Stammkapital der G. m. b. H. (30. 9. 09)	3 538,5
Pfandbriefumlauf der deutschen Hypothekendarbanken (1914)	11 115,8
Schuldverschreibung der deutschen Bodenkreditinstitute (1912)	17 051,5
do. der deutschen A.-G. zc. (1912)	4 605,7
do. der deutsch. Stadt- u. Landgem. usw. (1912)	6 340,6

Guthaben der Sparkassen (1913)	18 500,0
Staatsschulden (1913)	16 196,6
Reichsschulden (1913)	4 897,2

Das waren mindestens rund 100 Milliarden zu verzinsendes Leihkapital bei Kriegsausbruch 1914, eine Summe, die von den Leihkapitalisten unter dem Vorwande der Papiermark und der „hohen“ Löhne“ entsprechend zu vermehren gesucht wird, aber auch die Zinsen auf Papiermark erhöht werden.

Dabei ist aber das Wichtigste, die Eigenschaften des Leihkapitals herauszuheben: Die Eigentümer desselben wollen zeitlich und sachlich unbegrenzten Zins. Unbegrenzt ist die Höhe des Zinsfußes, unbegrenzt ist die Zeit des Zinsnehmens nach Gesetz. Hierin liegt das Uebel der Teuerung, der Geldentwertung. Das heißt dem Wucher Tür und Tor geöffnet.

Wohl ist richtig, daß dieser Geist, der sich hierin auswirkt, fremdbölkischer Geist ist, daß die Gesetze, die diesen Geist stützen, fremdländischen Ursprungs sind. Nichtsdestoweniger muß aber festgestellt werden, daß heute neben dem Utheiben der Neuheide, neben dem Juden der Christ, neben dem Vertreter ganz linksstehender Parteien der Vertreter rechtsstehender Parteien in den gesetzlich errichteten Organen sich befindet, die diesem Wucher dienen. Ich habe bereits im Artikel „Der Zinswucher“ durch Anführung praktischer Einzelbeispiele, durch tabellarische und graphische Darstellung des Systems gezeigt, wie die Dinge an sich gehen. Ich muß dazu feststellen, daß ich ähnliche Vorgänge beim Studium aller gleichartigen Organe finde. Beweise stehen zu Diensten.

Es muß deshalb eine ernste, grundsätzliche Wucherbekämpfung gefordert werden. Diese muß

1. einen Höchstzinsfuß feststellen mit Zwangsamortisation, um dadurch die Ewigkeit einer Schuld zu unterbinden. Demnach muß für jedes Leihkapital ein Höchstzinsfuß festgesetzt werden: a) für festverzinsliches Leihkapital auf höchstens 5 Prozent, wovon wenigstens 1 Prozent Amortisation (Tilgung) sein muß. Auch bei niedrigerem Zinsfuß muß wenigstens 1 Prozent Tilgung vorgeschrieben werden; b) für nicht festverzinsliches Leihkapital muß ein Höchstzinsfuß festgesetzt werden in der Weise, daß jährlich höchstens 10 Prozent Zins einschließlich Tilgung genommen werden dürfen, und daß bei 200 Prozent die Schuld getilgt ist.

2. Muß eine gesetzliche Form für die Gemeinschaftsunternehmen geschaffen werden, die sich aufzubauen haben auf hinsichtlich Arbeit, Leistung und Risiko restlos verpflichtendem persönlichem Eigentum, aus dem dann auch das volle Recht des Eigentums abzuleiten ist.

Das Volk hat ein Interesse daran, daß endlich mit der Wucherbekämpfung ernst gemacht wird. Eine Wucherbekämpfung an den Blüten hat aber keinen Wert. Das ist gerade so, als wenn der Bauer die Disteln mit der Schere bekämpfen wollte, indem er den Disteln die Köpfe abschneidet. Das hilft nichts. Er muß die Wurzeln austreten. So muß auch Regierung und Gesetzgebung die Wurzel des Wuchers austreten durch zeitliche und sachliche Begrenzung der Wuchermöglichkeit. Alle Menschen haben daran ein Interesse. Denn wenn auch nicht jeder Mensch direkt Zins zu zahlen hat, in Form von hohen Preisen muß jeder mitzahlen, weil es dem Zinszahler nur möglich ist, durch hohe Preise seinen Zinspflichtigen gerecht zu werden, oder er kann sich nur durch hohe Preise vor der Zinsrückständigkeit schützen. Der Mensch aber muß leben, und wenn es nicht anders möglich ist, so muß er eben dem Wucher dienen. Regierung! Parteien! Sorgt, daß die Menschen leben können, ohne dem Wucher dienen zu müssen.

Unsere Jugendorganisation

Nachdem nun die Berichte unseres 12. Verbandstages in den Versammlungen und im Verbandsorgan gegeben sind, ist es für jeden Freund unserer Bauarbeiterjugend klar, daß jetzt erneut Hand ans Werk gelegt werden muß. Wenn sich der Verbandstag darüber klar war, daß etwas Außerordentliches für unsere Jugend getan werden soll, so muß jetzt für uns die Parole lauten: Mit aller Kraft an die Arbeit in unserer Jugendbewegung! Niemand, ob Angestellter oder im Arbeitsverhältnis stehendes Mitglied unseres Verbandes, darf die Jugendarbeit als unangenehm oder gar als überflüssig betrachten. Wollen wir echte christliche Gewerkschaftler sein, dann müssen wir es durch die Tat beweisen!

Was bisher in der Jugendbewegung unseres Verbandes geleistet wurde, ist sicherlich anzuerkennen; aber niemand wird behaupten wollen, es sei schon genügend geschaffen. Wenn man die Frage aufwirft, wie denn mehr geleistet werden soll, hört man die verschiedensten Meinungen — die besten des öfteren von jungen Kollegen. Sehr gern legte man die Hauptarbeit in die Hände der angestellten Kollegen unter dem Vorwande, daß doch gerade diese das größte Interesse an der Sache haben müßten. Wer aber die Arbeit der angestellten Kollegen noch nicht kennt, der komme nur öfter zu den Büros. Dort kann er die Feststellung machen, daß selbst die beschränktesten Bürostunden manchmal nicht eingehalten werden können, weil die Beamten unter der Arbeit der Lohnbewegungen jähler erstickten und für andere Dinge kaum Zeit übrig finden. Und ob bei einem solchen Leben gerade der Verbandsangestellte das jugendliche Herz haben kann, das für einen Jugendleiter nun einmal unerlässlich ist, dürfte sehr fraglich sein.

Mitarbeiten muß und will gewiß jeder Angestellte unseres Verbandes; aber vor allem gilt es für unsere Mitglieder, dafür zu sorgen, daß die jugendlichen Bauarbeiter (Lehrlinge und jugendliche Bauhilfsarbeiter) für unseren Verband gewonnen werden. Als christliche Gewerkschaftler sind wir dazu berufen, an dem Jugendrettungswerk mitzuarbeiten, uns der Jugend als Vater zu zeigen.

Retzungswerk an der Jugend will heute jedes politische und unpolitische Grüppchen im Volke leisten. Bei uns stehen parteipolitische und religiöse Fragen nicht im Vordergrund. Diese überlassen wir den in Frage kommenden Parteien und den konfessionellen Jugendvereinen. Unsere Grundaufgabe ist, Gerechtigkeit zu erstreben und zu erkämpfen für unsere Bauarbeiterjugend in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Endlich wird uns ja der neue Reichstarif die Handhabe bieten, Lehrlingslöhne festzulegen. — Auch erzieherische Belehrung seitens der Mitglieder durch Wort und Tat muß in der passenden Form geboten werden. Leider lassen die losen Unterhaltungen auf den Baustellen und Arbeitsplätzen nicht gerade auf ein Verständnis von der echten Jugendfreundschaft schließen, wie wir als Christen aus unserer Weltanschauung sie kennen. Um wirkliche Jugendbewegung zu treiben, müssen wir nach den Grundfragen unseres Christentums fest aufbauen.

Ein jugendliches Herz muß bei jedem Kollegen schlagen, vor allem, wenn er um einen Jugendlichen wirbt. Mit väterlichem Hinweis soll man aufmerksam machen auf die Jugendversammlungen. Diese vollziehen sich nicht im Rahmen unserer sonstigen Versammlungen. Die Jugend will und muß ihre Ainen springen lassen in vollstündlichem Gesang und Witz. Die Leitung der Versammlung sowie die ganze Befestigung des Vorstandes der Jugendgruppe geschieht nur durch Jugendliche, wohingegen der „Praktische Beirat“, der aus erfahrenen Gewerkschaftlern besteht, mit Rat und Tat bei allem behilflich ist. Die Wichtigkeit der Jugendbewegung wird klarer, wenn fruchtbringende Arbeit durch Jugendtagungen geleistet wird. Ein Ausfluß in Gottes freie Natur kann die christliche Bauarbeiterjugend aus mehreren Orten zusammenführen, inniger zusammenschließen und den Organisationsgedanken fester helfen.

Rachdrücklich sei noch darauf hingewiesen, daß wir unsere Jugend nicht als fünftes Rad am Wagen be-

*) Siehe auch den Aufsatz vom gleichen Verfasser in Nr. 19 der „Baugewerkschaft“.

irachten dürfen. Unsere jugendlichen Kollegen sind vollberechtigte Verbandsmitglieder, unsere kommende Generation, die sicherste Garantie für die Befestigung unseres Verbandes. Die Elitegruppe des Verbandes soll durch sie gestärkt und erneuert werden.

Jugendorganisation erfordert Mut und Opfergeist von den Verbänden und Leitenden, Erziehung im Interesse der großen Volksgemeinschaft zum Wohle und Wachsen unseres Verbandes. Unsere Agitationsparole muß sein: „Der Mitgliederzuwachs in diesem Jahr muß zu einem erheblichen Teil aus den Reihen der Lehrlinge und jugendlichen Bauhilfsarbeiter gewonnen werden.“

Also auf zur Agitation unter unserer Bauarbeiterjugend!

A. G.

Die Notlage der Kriegsoopfer

In der Plenarsitzung des Reichstags nahm der Reichstagsangeordnete Dr. Thiel, Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegserntedüchener, Referat NO 18 bei der Beratung des Kapittels Versorgungsweisen im Etat des Reichsarbeitsministeriums das Wort zu einer erregtesten Rede über die Notlage der Kriegsoopfer. Thiel führte u. a. aus:

Durch die Kriegsoopferorganisationen gehen dem Reichstag hund dessen einzelnen Mitglieder fortgesetzt Eingaben zu, in denen über die Notlage der Kriegsoopfer Klage geführt wird. Dies hat auch meine Partei veranlaßt, die Frage zu stellen, was die Regierung zu tun beabsichtigt, um die Notlage der Kriegsoopfer wirksam zu beheben. Seit Einreichung dieser Interpellation sind allerdings Maßnahmen verschiedener Art getroffen worden, um die Bezüge der Versorgungsberechtigten (der beschleudert fortwährenden Teuerung anzupassen. Durch die Verordnung vom 25. Februar 1922 werden die Teuerungszuschüsse vom 11. 12. 1921 verdoppelt, durch jene vom 9. 4. 1922 verdreifacht. Im 19. Ausschluß, der sich mit der Versorgung der Kriegsoopfer befaßt, war der Antrag Andre, Thiel, Meyer, Hubdion und Genossen angenommen worden, der von der Regierung die Vorlage eines Gesetzesentwurfes bis spätestens 15. Mai verlangte. Dieser Gesetzesentwurf ist dem Reichstag nunmehr zugegangen. Schließlich hat der Hauptausschuß des Reichstages die im Etat vorgesehene Position für Teuerungszuschüsse bei Militärentnern von 1,7 Milliarden auf 5 Milliarden erhöht.

Die Frage, ob diese Maßnahmen die Notlage unter den Kriegsoopfern in wirksamer und ausreichender Form zu beheben geeignet sind, muß trotzdem verneint werden. Es muß in Frage gestellt bleiben, ob man durch die bisherigen Maßnahmen die Versorgung erfüllt hat, die man seinerzeit den ins Feld ziehenden für den Fall ihrer Verwundung oder ihres Todes gegeben hat. Die grenzenlose Finanznot des Reiches und das soziale Elend noch anderer Volksschichten legen aber dem Willen zu enger Hilfe nur zu enge Grenzen auf.

Ueber die Grenzen der notwendigen Hilfeleistung gehen die Meinungen auseinander. Maßgebend beeinflusst werden die Hilfsmaßnahmen durch die Zahl der Versorgungsberechtigten, die auf 1,118 Millionen Beschädigte und 2 Millionen Hinterbliebene angegeben wird. Die Verteilung auf die Prozentätze der Erwerbsunfähigkeit ist bisher statistisch noch nicht bekanntgegeben worden. Ich bitte daher die Regierung, nähere Angaben hierüber zu machen, damit für die finanzielle Auswirkung verlässlichere Unterlagen vorliegen, als dies zurzeit in dem summarischen Verfahren möglich ist. Die Kriegsbeschädigten können in drei Gruppen eingeteilt werden, die Erwerbsfähigen, die Erwerbsbeschränkten und die Erwerbsunfähigen. Der Standpunkt der Organisationen geht

von der Anerkennung der Arbeitspflicht für die Beschädigten und die Hinterbliebenen aus. Dabei muß aber verlangt werden, daß die Renten in wesentlich stärkerer Anpassung an die tatsächliche Erwerbsbeschränkung infolge der Dienstbeschädigung bemessen werden. An die Versorgungsberechtigten muß der Appell gerichtet werden, durch wirtschaftliche Ausnutzung der ihnen verbliebenen Arbeitskraft auch ihrerseits mitzuwirken an der Verminderung der ungeheuren Lasten des Reiches. Nichtsdestoweniger besteht aber die Verpflichtung, denen durchgreifend zu helfen, die im Wirtschafts- und Erwerbsleben infolge ihrer Beschädigung sich nicht helfen können. Auch bei den Erwerbsfähigen ist in vielen Fällen ein Verabzinken auf eine tiefere soziale Schicht festzustellen.

Bei der zweiten Gruppe, den schwereren Beschädigten, entstehen durch den Verlust wichtiger Körperglieder noch besondere Ausgaben an Fahrkosten, für Wäsche, Kleider. Seit dem 1. 4. 1920 haben die gesetzlichen Bezüge der Versorgungsberechtigten lediglich eine Erhöhung von 10 Prozent, nämlich von 25 auf 35 Prozent der Teuerungszulage nach dem § 7 R. V. G. erfahren. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß durch die Bestimmungen der §§ 63 und 64 wohl in den meisten Versorgungsfällen einschneidende Rentenkürzungen stattfinden. In einem vorliegenden Fall erhält z. B. ein Studienrat, der durch den Verlust seines Oberschenkels mit 50 Prozent Rente versorgt wurde, infolge des Ruhens der Rente monatlich nurmehr 33,10 M. einen Betrag also, mit dem die durch die Beschädigung verursachten Mehraufwendungen nicht im Entferntesten gedeckt werden, der aber auch nicht als Entschädigung für die Einbuße an Lebensfreude aufgefaßt werden kann. Aber auch schon bei den 40 prozentigen Beschädigten läßt sich eine schwere soziale Einbuße feststellen, indem diese durch schwere innere Erkrankungen gezwungen sind, ihre ganze Lebenshaltung und ihre Erwerbstätigkeit umzustellen. Dadurch entsteht von selbst die Frage, ob es nicht angezeigt ist, auch noch die 40prozentigen in den Kreis der Fürsorgenehmer aufzunehmen und sie nicht erst bei 50 Prozent beginnen zu lassen.

Die Hinterbliebenenversorgung ist, nach dem Jugendantritt der Väter des Gesetzes selbst, unzureichend ausgefallen. Inzwischen ist allerdings so manches geschehen, was die Verhältnisse bei den Hinterbliebenen gebessert hat. Man kann nur den Wunsch unterstützen, daß auf diesem Wege weiter gegangen wird. Bei der Bewilligung der Teuerungszuschüsse für Beschädigte und Hinterbliebene ist man in die Prüfung der Frage eingetreten, bis zu welcher Grenze Teuerungszuschüsse überhaupt oder auch nur vorläufig gewährt werden sollen. Als Maßstab hat man die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung herangezogen. Die Regierung sollte erwägen, ob man nicht die vollen Teuerungszuschüsse gewähren sollte, wenn das Einkommen neben der Rente nicht zwei Drittel des Anfangsgehaltes der Gruppe I der Reichsbevollzugsordnung übersteigt; in halbem Betrag sollen die Zuschüsse gewährt werden, wenn das Einkommen den Vollbetrag des Anfangsgehaltes der Gruppe I nicht übersteigt.

Für die grundsätzliche Gegnerschaft gegen die §§ 63 und 64 des R. V. G. (bei einem Einkommen von 16 000 M ruht die Rente), werden von den Organisationen so maßgebende Gründe vorgebracht, daß diese Gegnerschaft berechtigt, ja in gewissem Sinne berechtigt erscheint. Doch soll deren grundsätzliche Befassung, mit Ausnahme der Erhöhung der Ruhestandsgrenzen, für die große Novelle vorbehalten bleiben. Wenn die §§ 63 und 64 R. V. G. aufrecht erhalten werden, dann dürfte sich die gewünschte allgemeine Erhöhung um 50 Prozent finanziell nicht so leicht auswirken. Meine Partei ist bereit, an der Verbesserung der Versorgungsberechtigten tatkräftig mitzuarbeiten, soweit es nur die schwerwiegenden Hemmnisse, die uns von außen her auferlegt sind, gestatten. Es

mag zutreffen, daß man auch bei bescheidener Berücksichtigung der vorgeschlagenen Wünsche der Organisationen mit den für die Behebung der Notlage ausgearbeiteten Mitteln nicht auskommen wird. Man solle aber nicht deswegen zurücktreten, hier höhere Sätze einzufordern, um hierdurch das den Kriegsoopfern gegebene Versprechen wenigstens einigermaßen einzulösen. Es wird allen denen, die selbst in den Schützengräben draußen gestanden haben, noch die Erinnerung im Geiste erhalten sein, daß man sich draußen immer darüber unterhalten hat, ob man mit Familie es vorziehe, verantworten könne, gefährlichere Patrouillen zu gehen. Der eine zweifelte an der Erfüllung der gemachten Versprechungen und stellte die Pflicht seiner Familie gegenüber höher als die dem ganzen Volke gegenüber; der andere gab aber in idealer Begeisterung für sein Vaterland diesen Bedenken keinen Raum und opferte Gesundheit und Leben, indem er in vollem Vertrauen auf die Einlösung des Versprechens, für ihn und seine Familie zu sorgen, sich der schwersten Gefahren aussetzte. Der Redner schloß mit dem Hinweis darauf, daß der Opferwille des einzelnen der Gesamtheit gegenüber, der sich bei den Kriegsbeschädigten gezeigt habe, auch die Gesamtheit verpflichtet, für die Kriegsbeschädigten einzutreten, die mit gebrochenen Lebenskräften und zerstörtem Familienglück einer dunklen, unsicheren Zukunft gegenüberstehen.

Die neuen Postgebühren

(Bitte ausschneiden, aufbewahren und beachten)

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. Juli 1922 ab im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

- für Postkarten im Ortsverkehr 0,75 M
für Postkarten im Fernverkehr 1,50 M
für Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 1,- M über 20 bis 100 g 2,- M über 100 " 250 g (neu eingeführte Zwischenstufe) 3,- M
für Briefe im Fernverkehr bis 20 g 3,- M über 20 bis 100 g 4,- M über 100 " 250 g 5,- M

(Für nicht- oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Selbstbetrags, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf. nachgehoben.)

Die Drucksachenkarte als besonderer Versendungsgegenstand fällt weg. Die Karten unterliegen der Gebühr für Drucksachen bis 20 g.

- für Drucksachen bis 20 g 0,50 M (neu eingeführte Vorstufe)
über 20 bis 50 g 0,75 M
" 50 " 100 " 1,50 M
" 100 " 250 " 3,- M
" 250 " 500 " 4,- M
" 500 " 1000 " 5,- M

für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Höflichkeitserwähnung mit höchstens 5 Worten niedergegrieben sind, 0,50 M.

(Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten, oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr.)

- für Geschäftspapiere bis 250 g 3,- M über 250 bis 500 g 4,- M über 500 " 1000 " 5,- M
für Warenproben bis 250 g 3,- M über 250 bis 500 g 4,- M

Die Abschlüsse der Großbanken für 1921

Nunmehr liegen die Geschäftsabschlüsse der deutschen Großbanken für das Jahr 1921 vor. Auf Grund dieses Materials läßt sich nur in großen Zügen ein Überblick gewinnen. Vor schon das Studium und die Kritik der Großbankbilanzen in Friedenszeiten eine sehr schwierige Sache, die nur gewiegte Fachleute zu meistern verstanden, so ist sie unter dem Einfluß der Inflation noch mehr erschwert worden. Die Bilanzen machen mit ihren Milliardenziffern auf den ersten Blick einen unüberwindlichen Eindruck. Was soll sich z. B. der gewöhnliche Sterbliche vorstellen, wenn er hört, daß im vergangenen Jahre die Gesamtumsätze der Deutschen Bank die Grenze von 2 Billionen Papiermark weit überschritten haben? Sie betragen nämlich genau 2125 Milliarden Mark gegen 1291 Milliarden Mark im Vorjahr. Bei der nächstgrößten Bank, der Diskonto-Gesellschaft, brachte das abgelaufene Jahr einen Umsatz von nahezu 1,5 Billionen Mark gegen 840 Milliarden Mark im Vorjahr.

Diese astronomischen Ziffern verlieren erheblich an volkswirtschaftlicher Bedeutung, wenn man bedenkt, daß sie zum allergrößten Teile durch die gerade im Jahre 1921 ins Ungemessene gestiegene Börsenspekulation zustande gekommen sind. Die Banken haben trotz aller Warnungen sich in den Strudel der Spielwut, die im Jahre 1921 sehr weite Kreise des deutschen Volkes ergriff hatte, hineingeworfen. Sie haben dabei zwar selbst märchenhafte Gewinne erzielt, aber die enge Fühlung mit Handel und Gewerbe, sowie die Herrschaft über den Geldmarkt zu einem großen Teil verloren. Die Geister, die man rief, wird man heute nur sehr schwer wieder los. Die größte deutsche Bank zählt heute in allen ihren Filialen und Depositenklassen etwa 700 000 Kunden. In einer Zeit, wo das Publikum, das einstweilen den Banken große Depositenbeträge zuführte, dazu übergeht, parteiische Kreditanträge zu stellen, mag dieser riesige Kundenkreis eher als unangenehm Ballast empfunden werden. In der Mehrzahl der Fälle sind aus

unabhängigen Schuldner geworden. Die Bewegungsfreiheit der mit großen Mitteln arbeitenden Institute ist beträchtlich eingeengt. Das wird sich im laufenden Jahre in dem Maße immer unangenehmer bemerkbar machen, wie Handel und Gewerbe zur Bewältigung ihrer Umwälze der Unterstützung der ihnen nahegehenden Banken mehr und mehr bedürftig. Diese gewaltige Vergrößerung des Kundenkreises ist nicht zuletzt die Ursache einer stark anwachsenden Belastung der Banken mit Steueransprüchen und ähnlichen, nicht immer erquicklichen Arbeiten.

Wenn die Direktoren heute klagen, daß ihnen zu viele unproduktive Arbeiten aufgebürdet werden, so trägt daran nicht zuletzt die einseitige Bevorzugung des Effektenverkehrs die Schuld. Aus demselben Grunde ist auch das Meer der Bankangestellten beträchtlich vergrößert worden. z. B. bei der Deutschen Bank von 17 808 auf 21 137 Personen. Hierbei hat man natürlich auf mangelhaft vorgebildete Kräfte aus allen möglichen Branchen zurückgreifen müssen. Wenn deshalb verschiedene Institute sich darüber beklagen, daß die Leistungsfähigkeit der Bankangestellten sich erheblich verringert habe, so kann sich das nur auf diese Reulänge beziehen. Die wirklich fachmännisch vorgebildeten Bankangestellten haben im vergangenen Jahr eine ganz ungeheure Arbeit bewältigt und alle Kräfte auf ihre eigene Person hintangestellt, um der ins Ungemessene gestiegenen Umwälze Herr zu werden. In den Geschäftsberichten der Banken wird besonders nachdrücklich auf die Steigerung der Verwaltungskosten hingewiesen, die erhöhten sich z. B. bei der Deutschen Bank von 412,5 auf 744,97 Millionen Mark, bei der Diskonto-Gesellschaft von 198,6 auf 391,2 Millionen Mark, bei der Dresdner Bank von 238,4 auf 497,4 Millionen Mark, bei der Commerz- und Privatbank von 133,1 auf 319,1 Millionen Mark, bei der Darmstädter Bank von 177,4 auf 412 Millionen Mark und bei der Nationalbank für Deutschland von 52,2 auf 155,9 Millionen Mark. Diese Ziffern bezeugen an sich nicht viel, da aus ihnen nicht zu ersehen ist, in welchem Ausmaße die Gehälter der eigentlichen Angestellten gestiegen sind. Als Verwaltungskosten sind bekanntlich auch die Gehälter und häufig sogar die Gratifikationen der Direk-

toren und andere Ausgaben mit verbucht worden. In Zukunft wird es die Aufgabe der Angestelltenvertreter im Aufsichtsrat sein, auf eine größere Detaillierung der Bilanz in dieser Richtung zu bringen.

Ueberhaupt wäre es heute mehr denn je erforderlich, die einzelnen Bilanzposten bis in alle Einzelheiten aufzulösen. So wie die Abschlüsse jetzt veröffentlicht werden, ermöglichen sie durchaus keinen Einblick in das Geschäftsgeschehen der Banken. Es seien trotzdem die auf Millionen abgerundeten Gewinnziffern der einzelnen Institute hier zusammengestellt, um dem Leser wenigstens eine oberflächliche Orientierung zu ermöglichen:

Table with 3 columns: Bank Name, Bruttoertrag, Reinertrag. Rows include Deutsche Bank, Diskonto-Gesellschaft, Commerz- und Privatbank, Dresdner Bank, Darmstädter Bank, Nationalbank, Mitteldeutsche Kreditbank, Berliner Handels-Gesellschaft.

Wie die Diplomatie der alten Schule die Kunst der Rede benutzte, um Gedanken zu verbergen, so dient dem modernen Bilanzforscher die Biffer dazu, die inneren Geschäftsvorgänge neugierigen Blicken zu entziehen. Man weiß z. B., daß im vergangenen Jahre der Zusammenbruch der Bälzischen Bank, der die Folge mißglückter Spekulationen war, auch manchem Berliner Großbankdirektor schwere Sorgen bereitet hat, und daß von erster Bankseite „eingegriffen“ werden mußte, um das Prestige der Bankwelt zu retten. Aus den jetzt veröffentlichten Bilanzposten der damals so hilfsbereiten Berliner Großbank ist nicht zu entnehmen, welche Opfer man gebracht hat. Dieses Beispiel zeigt, daß das heute geltende Aktienrecht den Verwaltungen hinsichtlich ihrer Publizitätspflicht noch immer eine ziemlich große Bewegungsfreiheit läßt.

(Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Doppelte des Zahlbetrags, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf. nachgehoben.)

Table with 3 columns: für Pakete, Maßzone, Fernzone. Rows show rates for different weights (bis 5 kg, über 5 kg, 7 1/2 kg, 10 kg, 15 kg).

(Pakete von Verlegern, die nur Zeitungen oder Zeitschriften enthalten, — sogenannte Zeitungs-pakete — bis 5 kg in der Maßzone kosten 3 M.)

Für Wertsendungen, die Gebühr für eine gleichwertige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, welche beträgt:

Table with 2 columns: a) bei Wertbriefen für je 1000 M der Wertangabe, b) bei Wertpaketen für je 1000 M der Wertangabe. Rows show rates for different weight ranges.

für Rohrpostsendungen

Table with 2 columns: a) wenn Aufgabort und Bestimmungsort innerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühr, b) wenn der Aufgabort oder der Bestimmungsort außerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühr von Groß-Berlin liegt.

Die Einschreibgebühr ist auf 2 M festgesetzt. Für die Selbststellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten:

Table with 2 columns: für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk, für Briefkarten bis 100 M einschl., über 100 bis 500, 500 bis 1000, 1000 bis 2000, 2000 bis 5000.

Für Kassenscheide, die bargeldlos beglichen werden, 1/3 vom Laufend des Scheckbetrags (wie bisher), für Vorauszahlungen mit Postcheck 1 vom Tausend des Scheckbetrags.

Für gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 1,50 M, mindestens 15 M, im Ortsverkehr jedoch 1 M für jedes Wort, mindestens 10 M.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg und Oesterreich (Päckchen nach beiden Ländern nicht zugelassen). Für Postkarten und Briefe bis 20 g nach Ungarn und Tschechoslowakei gelten niedrigere als die allgemeinen Auslandsgebühren.

Zu den Generalsammlungen und Geschäftsberichten wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Dividende nur in Papierform ausgezahlt werde, und daß die Aktionäre deshalb heute unendlich viel schlechter gestellt seien als in der Vorkriegszeit. Wollte man die Gehälter der Bankangestellten resp. die Löhne der Arbeiterklasse in Goldmark umrechnen, so würde man noch zu ganz anderen Ergebnissen kommen. Den Aktionären der meisten Banken sind im vergangenen Jahre neben der Dividende noch recht wertvolle Bezugsrechte zugefallen, die man doch auch nicht übersehen darf. Außerdem hat sich der in Aktien enthaltene Substanzwert durch reichliche Dotierung der offenen und stillen Reserven und durch ganz bedeutende Abschreibungen der Einrichtungen und Bankgebäude, sowie durch besondere Abstellungen für weitere Neubauten ganz wesentlich erhöht.

Bemerkenswert ist, daß die Bankdirektoren unter dem Druck der klauen Börselage jetzt selbst fühlen, wie notwendig für sie die Wiederherstellung engerer Beziehungen zum eigentlichen Wirtschaftsleben, zu Industrie und Handel, ist. Man wird sich deshalb in nächster Zeit wieder in stärkerem Maße der Pflege des Warengeschäfts und der Finanzierung gewerblicher Betriebe zuwenden. Zu dies zu können, wird man aber noch große Bestände in den ersten Monaten des laufenden Jahres ansammeln müssen. Das ist ein Zeichen der Überfüllung des deutschen Effektenmarktes durch keine leichte Aufgabe. Wenn die Banken ihre alte Stellung im deutschen Wirtschaftsleben wiedergewinnen wollen, werden sie diesen Weg einschlagen müssen. Es fragt sich allerdings, ob sie dabei ausländische Hilfe zum Anbahnen können. Der im Warengeschäft eine wichtige Rolle spielen will, muß sich vor allem am Devisenmarkt eine feste Position schaffen. Nicht jede Großbank ist aber in der glücklichen Lage der Deutschen Bank, die durch Fusion mit ihrer Tochtergesellschaft, der Deutschen Handelsbank A-G., in den Besitz wertvoller Auslandsbeziehungen kam.

Am 1. Juli 1922 ist der siebenundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

Mwohnungsnot und Bauarbeiterlöhne

Ueber diese heute im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehende bedeutungsvolle Frage sprach der Kölner Bezirksleiter unseres Verbandes, Kollege Hänschen, in einer sehr gut besuchten Bauarbeiterversammlung.

Die Wohnungsnot sei auch heute noch erschreckend groß. Während vor dem Kriege jährlich rund 200 000 Wohnungen in Deutschland errichtet worden seien, habe der Wohnungsbau im Kriege vollständig stillgelegen. Zu den ersten drei Nachkriegsjahren sind rund 315 000 Wohnungen errichtet worden, so daß auch jetzt noch ein Fehlbetrag von mindestens 1 Million Wohnungen vorhanden ist. Das Wohnungsfehlende birgt große Gefahr auf gesundheitlichen und sittlichen Gebieten in sich, dieserhalb ist es Pflicht aller Volksgenossen, zur Behebung des Wohnungsmangels beizutragen.

Die Baukosten sind gewaltig gestiegen, und deshalb habe auch die Bauarbeiterlöhne zu prüfen, ob die heutigen Baukostenpreise berechtigt sind, oder eine Verbilligung möglich ist, zumal von den Wohnungsinhabern demnach große Opfer gefordert werden, um den Baunarkt vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Die Kosten ergeben sich aus den Materialpreisen und Löhnen. Vor dem Kriege war das Verhältnis zwischen



Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Auf der letzten Verbandsgeneralsammlung sind betreffend die vom Verband zu gewährenden Unterstützungen Abänderungen beschlossen worden, die mit dem 1. Juli 1922 in Kraft treten. Darnach wird Arbeitslosen-, Kranken- und Hinterbliebenenversorgung gewährt, wenn eine einmonatige Mitgliedschaft zurückgelegt ist und 78 Wochenbeiträge geleistet sind. Wir bitten die Vorstände der Verwaltungsstellen dieses zu beachten, damit nicht Anträge eingereicht werden, die auf Grund der Bestimmungen der Verbandssatzung abgelehnt werden müssen.

Bezüglich der Ersatzbücher für verlorene und unbrauchbar gewordene Bücher sei darauf hingewiesen, daß dieselben von jetzt ab 10 M. kosten. Der Betrag ist gleichzeitig mit dem Antrag einzusenden. Ebenso sind die im § 17 der Satzung niedergelegten Bestimmungen zu beachten.

Der Hauptvorstand J. M.: Jos. Wiedberg.



Materialpreisen und Löhnen beim Wohnungsbau ungefähr 1 zu 1. Jetzt betragen die Materialpreise circa zwei Drittel der Gesamtkosten. Standaalös sei die Preisgestaltung auf dem Holzmarkt. Hier sei es vor allen Dingen Pflicht der Regierung, als Vertreterin von circa 50 Prozent unseres gesamten deutschen Waldbestandes, für eine gesunde Preispolitik einzutreten. Es hat keinen Zweck, wenn seitens der Regierung von der einen Seite Zuschüsse zu Wohnungsbauten gegeben, wenn sie aber auf der anderen Seite durch solche Preispolitik zur allgemeinen Verteuerung der Bauten beiträgt. Die bayerische Forstverwaltung hat im Jahre 1920 einen Reingewinn von 571 Millionen Mark erzielt, während der bayerische Staat im gleichen Zeitraum ganze 26 Millionen M für gemeinnützige Wohnungsbauten aufwand. — Scharf wurde auch der Preiswucher mit Steinen, Kalk und Zement verurteilt.

Zu den Bauarbeiterlöhnen übergehend, wies der Redner nach, daß die Lohnerhöhungen mit der Feuerung nicht gleichen Schritt gehalten hätten. Auch heute sei das Einkommen der Bauarbeiter, an den Verhältnissen von 1914 gemessen, noch bedeutend geringer.

Redner bedauert die Ausführungen des Reichsarbeitsministers auf der Bergarbeiterkonferenz bezüglich der Löhne im Baugewerbe, da diese Ausführungen angetan sind, die Bauarbeiter in ein schlechtes Licht zu stellen. Folgende Entschlie-ßung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 11. Juni tagende Versammlung der christlichen Bauarbeiter protestiert entschieden gegen den zur Katastrophe auf dem Wohnungsmarkt führenden Widerstand mit Baukosten, bei denen es sich im allgemeinen nur um inländische Produkte handelt.“

Zusbesondere wendet sich der Unwille der Bauarbeiterklasse gegen die skandalöse Preisgestaltung auf dem Holzmarkt, die durch ein energisches Handeln der Regierung hätte unterbunden werden können.

Um so mehr bedauert die Versammlung die Ausführungen des Herrn Reichsarbeitsministers auf der Bergarbeiterkonferenz zu Bochum bezüglich der hohen Löhne im Baugewerbe. Diese Ausführungen des Reichsarbeitsministers sind dazu angetan, die Bauarbeiterklasse zu misgünstigeren, als wenn dieselben von weniger Be-

antwortungsgefühl für die Volksgemeinschaft getragen seien, wie die übrigen Stände und Volksschichten. Nachgewiesenermaßen tragen die Löhne nur zu einem knappen Drittel der Verteuerung der Bauten bei. Die Löhne sind im Verhältnis zu den Friedenslöhnen der Bauarbeiterlöhne prozentual nicht am meisten gestiegen und haben auch jetzt noch nicht den Friedensstand im Verhältnis zur Steigerung der Lebenshaltungskosten erreicht. Andererseits ist aber auch im Interesse der Behebung der Wohnungsnot und des vorhandenen Bauarbeitermangels eine gesunde Lohnpolitik erforderlich, um den noch zu Tausenden in der Industrie, in staatlichen und kommunalen Betrieben vorhandenen Bauarbeitern einen Anreiz zu geben, sich dem Baugewerbe wieder zuzuwenden.

Die vom Reichsarbeitsministerium vorgesehene Maßnahmen zur Rückführung von Bauarbeitern aus der Industrie und den sonstigen Betrieben sind ohne Erfolg geblieben.“

Allgemeines

Die „Genossenschaftliche Baupraxis“

Das Organ des Reichsverbandes deutscher Bauproduktgenossenschaften hat mit dem Erscheinen des 6. (Juni-)Heftes den 1. Halbjahresband abgeschlossen. Eine Fülle von Material, namentlich über die Lage der deutschen Bauwirtschaft und die Situation auf dem Baustoffmarkt wurde darin geboten. Kein Wunder, daß sich deshalb im Laufe des Halbjahres die Abonnentenziffer auf das Dreifache vermehrt hat. Für das kommende Halbjahr ist eine Erweiterung des Umfangs geplant, auf Grund deren eine kleine Erhöhung des Bezugsgeldes statifinden muß. Der Preis stellt sich für das 2. Halbjahr (6 Hefte) auf 12 M, immer noch ein Betrag, der von all unseren Kollegen für unsere eigene Zeitschrift aufgebracht werden kann. Insbesondere sollte es kein Mitglied unserer Bauproduktgenossenschaften geben, das den sofortigen Bezug unterläßt. Am Schluß der heutigen Nummer befindet sich ein Bestellzettel, dessen umgehende Ausfüllung und Uebergabe an den Briefträger wir den Kollegen dringend ans Herz legen.

Gewerkschaftliche Tradition

In dem Vortrage des Kol. Schlüter auf dem Dortmund-Verbandsstake wurde die Notwendigkeit betont, die Jugend in die Tradition unserer Bewegung einzuführen, sie mit einer inneren Ehrfurcht vor dieser Tradition zu erfüllen. Jetzt schreibt das „Sentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ in derselben Angelegenheit:

„Schon des öfteren ist die Klage laut geworden, daß der Nachwuchs der Bewegung mit der Geschichte der christlichen Gewerkschaften, mit ihrem Werden und ihren Kämpfen zu wenig vertraut ist, und mit der Zeit ein Manko an geistigem Verwachsenheit des einzelnen mit dem Ganzen noch stärker verspürbar werden dürfte. Die Klage ist nur allzu berechtigt. Es fehlt am meisten eine Schrift über die Geschichte der Bewegung, die den Leser das Werden der christlichen Gewerkschaften geistig mit-erleben läßt und die ihn begeisterungsfroh macht für die Ideale, die die Alten in der Bewegung zu den größten Opfern befähigten. Dazu fehlt es aber auch an Erinnerungen derjenigen Kollegen, die in der Bewegung führend waren. Die Lebensgeschichte dieser Männer ist zum guten Teil auch die Geschichte der Bewegung, und es wäre deshalb nur zu begrüßen, wenn die Vorkämpfer der christlichen Gewerkschaften sich dazu entschließen würden, in Büchern, Broschüren oder in Zeitungen zu der jungen Gewerkschaftsgeneration aus ihrem Leben zu plaudern. Ein Anfang zu solcher Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte ist in Nummer 10 der „Gewerkschaftsjugend“ begonnen. August Bruch schreibt dort: „Aus meinem Leben“, und die Tochter Carl Schirmers gibt ein Bild aus ihres Vaters Lebensarbeit. Zweifelsohne werden diese Lebenserinnerungen bei den Jungmannen der christlichen Gewerkschaften lebhaftes Interesse finden. Gerade solche Erinnerungen sind ein wirksames Hilfsmittel, um den „alten Geist“ in der „neuen Zeit“ wach-zubehalten und die Jugend für die Bewegung mit Begeisterung zu erfüllen. Die „Gewerkschaftsjugend“ wird in der Veröffentlichung solcher Lebenserinnerungen fortfahren.“

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk München

In Südbayern bestanden seither ca. 20 örtliche Tarifverträge mit dem Arbeitgeberbund; daneben liefen noch ungefähr die gleiche Zahl mit lokalen Unternehmervereinigungen. Soviele Verträge, sovielertei Lohn, sovielertei Unterschied in der Regelung der Zuschläge usw. Dieser unhaltbare Zustand wurde praktisch schon durch die festsitzende Regelung der jeweiligen Feuerungszulagen als überlebt abgetan. In langwierigen Verhandlungen wurde eine Grundlage vereinbart, die Verhältnisse einheitlicher zu gestalten. Sämtliche Orte und Landgebiete wurden in fünf Klassen untergebracht. Der Unterschied der Löhne wurde von Klasse zu Klasse auf 5 pCt. festgelegt, so daß zwischen den Klassen 1 und 5 eine Lohnifferenz von 20 pCt. besteht. Für die besonderen Bedürfnisse einiger Gebiete wurde eine „Nils“-Klasse 1a geschaffen, deren Lohn in der Mitte zwischen der 1. und 2. Klasse liegt. Ueber strittig gebliebene Orte hat ein Schiedsgericht entschieden. Die Zuschläge sind in freier Vereinbarung einheitlich gestaltet.

Nachdem die Lohnklasseneinteilung vom Bayerischen Bau-
gewerksverband auf seiner Tagung am 16. und 17. Juni
anerkannt wurde, treten die durch die Abstufungen sich er-
gebenden Löhne ab 19. Juni in Wirkung. Dieselben betragen:

in Klasse I	26 60/25,70 //
II	25,95/25,05 //
III	25,25/24,40 //
IV	23,95/23,15 //
V	22 60/21,85 //
	21,30/20,55 //

Es ist nunmehr Sache der Kollegen, über die Innehaltung
der für ihren Lohnbereich in Frage kommenden Löhne und
der Zuschläge zu wachen. Nur so kann einem annehmbaren
Lebensstandard vorgearbeitet werden.

Verbandsnachrichten

„Christliche als Tarifbrecher“

Grafenau. Unter dieser sittenrichterlichen Ueberschrift
sucht die Schriftleitung des Mitteilungsblattes des Deutschen
Bauarbeiterverbandes in Nittking auf trummem Wege
ausweisend das zu erreichen, was ihr mit wahrheitsgemäßer
Berichterstattung über unserem Verband nicht möglich ist,
nämlich das Grundsücheln ihrer Mitglieder vor unserer
Organisation. Man singt den auf diese „Geisteskrank“ aus-
sichtlich angewiesenen Bauarbeitern vor, daß die „naur
Christlichen“ in Grafenau nicht den vollen Tariflohn er-
hielten und zum Ausgleich länger arbeiteten. Ihre sitten-
strengen Mitglieder erhielten natürlich Tariflohn und hielten
die Arbeitszeit inne. Auch erhielten unsere Mitglieder den
Lohn nur auf die Hand und nicht in Lohnbüten ausbezahlt
Wir können den Verantwortlichen des Mitteilungsblattes
ob solcher Sorge um unsere tariflichen Rechte beruhigen.
Wir wahren sie selbst und voll nach jeder Richtung. Wir
haben dank jedesmaliger rechtzeitiger Berichterstattung durch
unserer Bezirksleitung unseren Tariflohn. Unsere Arbeitszeit
wird beeinträchtigt durch die ungünstigen Wagnis-
gelegenheiten. Leider müssen wir den Metrameter, daß „unserer Frei-
organisierten“ bessere Men gen und besser bezahlt seien als
wir, zerstören. Sie erhalten den gleichen Lohn wie wir,
arbeiten die gleiche Zeit und erfahren die gleiche Be-
handlung was auf freigeberischhaft besetzten Baustellen
nicht immer der Fall ist. Da wir bei dem Verantwort-
lichen aber mit keinem Schreiben nicht bösen Willen zur
Berleumdung, sondern edle Sorge um unser Wohl voraus-
setzen, wollen wir ihm für seine freundliche Aufmerksamkeit
auch eine Gegenleistung mit einem guten Rat geben:
„Freund, lehre vor deiner eigenen Tür, dort soll gerade
in bezug auf Arbeitszeit allerhand zu bessern sein.“ Im
Schlußsatz fällt der Sittenrichter aus der Rolle. Ohne
Neutralitätsmantel in der echten roten Unterjoch apostrophiert
er christliche Begriffe: „... Da kann ihnen die göttliche
Gnade und der Himmel nicht anscheiden. Sie haben's reichlich
verdient in — Grafenau.“ — Christlich denkenden Arbeitern
ist damit wenigstens das richtige Licht aufgeleuchtet!

München. Am Montag, den 19. Juni d. Jz. hatten
sich die Arbeiter und Steinleger der Firma Grzeschmal
in der Zentralhalle zusammengefunden, um eine Orts-
gruppe der Ziegebauarbeiter und Stein-
leger ins Leben zu rufen. Nach einem einleitenden Vor-
trag des Koll. Pappe über Ziele und Aufgaben der
Organisation wurde zur Gründung der Ortsgruppe ge-
schritten. Als 1. Vorsitzender wurde Koll. Brozi ge-
wählt. Als 2. Vorsitzender Koll. Karun, 1. Schriftführer
Koll. Hanschild, 2. Koll. Seisen, Kassaführer Koll.
Aug. Depple. Alle Kollegen nahmen die Wahl an und
vertraten, ihre ganze Kraft in den Dienst unseres
Verbandes zu stellen. Es traten sofort 23 Kollegen dem
Verbande bei. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten
des Berufs erledigt waren, wurde die gut verlaufene Ver-
sammlung geschlossen.

Internationale Arbeiterbewegung

II. Internationaler Christlicher Gewerkschaftskongress

Der II. Internationale christliche Gewerkschaftskongress,
dem eine Vorkonferenz für Arbeiterinnen trugen und ein
andere christlicher internationaler Berufs-
sekretäre vorangang, hat am 21. Juni d. Jz. in Inns-
bruck begonnen.

In einer Vorstandssitzung vom 4. bis 6. April
in Frankfurt a. M. teilte der Sekretär des christlichen
Gewerkschaftsverbandes mit, daß der italienischen Regierung
die Forderung übermitteln worden sei, auch Arbeiterver-
treter zu der Genesener Konferenz zuzulassen. Diese er-
widerte, daß es nicht möglich sei, internationale Ver-
bände einzuladen, doch würden die aus den einzelnen
Ländern gesandten Delegierten in Genua gewiß auch
die Interessen der Verbände wahrnehmen können,
denen sie angehören. Der Sekretär stellte fest, daß
die deutsche, belgische und italienische Regierung ihren
Delegationen auch Vertreter der christlichen Gewerkschaften
beigegeben haben.

Eine Tagung der Schweizer katholischen Gewerksvereine

Am 26. März tagte in Zürich eine Konferenz von
Vertretern katholischer Gewerksvereine. Es wurde fest-
gestellt, daß in manchen Industrien die wirtschaftliche
Krise als Mittel dazu benutzt worden ist, die Löhne
so sehr herabzusetzen, daß sie ein menschenwürdiges
Existenz nicht mehr gewährleisten. Die Konferenz stellte
die Forderung nach einem Mindestlohn für
alle Arbeiter auf, der ihnen einen angemessenen Lebens-
standard sichern würde. Auch sollte die Frage des so-
zialen Lohnes geprüft werden. Die Konferenz sprach sich

für die Beibehaltung der 48-Stundenwoche und gegen
die Motion Alt aus, mit der Begründung, daß die
jetzige Arbeitszeitregelung schon behrbar genug sei
für die Bedürfnisse der Industrie; von den darin vor-
gesehenen Ausnahmegestimmungen werde sogar übermäßig
viel Gebrauch gemacht. Gegen die neuen Maßnahmen
des Bundesrats in bezug auf die Arbeitslosenunter-
stützung legte die Konferenz Einspruch ein.

Aus dem Baugewerbe

Baunfälle

Bochum

Am Freitag, den 2. Juni, war der Zechenmaurer,
unser Mitglied Josef Püllenberg aus Laer bei
Bochum, auf der Zeche Dammesbaum (damit beschäftigt,
eine schwere Eisenscheibe abzumontieren. Hierbei schlug
plötzlich die Scheibe um, und Kollege Püllenberg wurde
von einem Eisenhebel durchbohrt; P. erlag nach eini-
gen Stunden seinen Verletzungen.

Der Vermunglichte hinterläßt sechs unmündige Voll-
waisen, da auch Frau Püllenberg vor genau Jahresfrist
gestorben ist.

Auf derselben Zechenanlage (Baustelle Baugesellsch.
Fr. Müller) sind am Mittwoch, den 14. Juni, bei Aus-
schachtungsarbeiten am Feuerungskanal große Erdmassen
eingestürzt und begruben den Lehrling Zwingmann
und die Hilfsarbeiter Müller und Sommerie.

Zwingmann konnte nur als Toter geborgen werden,
während Müller, dem der Brustkorb eingedrückt war,
lebensgefährlich darniederliegt. Auch Sommerie erlitt
sehr schwere Verletzungen. Einige Kollegen konnten sich
durch Seiten sprung noch glücklicherweise retten.

Unserer Bauarbeiterkommission, die den Unfalls-
ort besichtigte, ist der Ansicht, daß eine mangelhafte
Abstützung vorhanden war.

Kollegen! Achtet auf die Bauarbeiter-Schutzvorschriften!

Hamborn

Ein schwerer Unfall ereignete sich am 7. Juni auf
der August-Gruben-Wüste in Hamborn. Unser Kollege
Gregor Hügel stürzte an einem Mannenbau in
Höhe in die Tiefe und starb kurz nach dem Sturze.
Der Unfall ist beim Gerichten liegen geblieben. Die Ver-
traggeber wurden von zwei auf dem oberen Mauerrand
stehenden Mitarbeitern hochgezogen, während Hügel auf
einem schmalen Gitter stand, die aus der Maueraufgabe
drückte. Als die absteigenden Arbeiter die Stricke noch
nicht fest in der Hand hielten, stürzten die Tragelien in
die Tiefe und rissen den Bedauernswerten mit hinab. Wie
uns mitgeteilt wurde, hat keinerlei Schutzgerüst im Innern
des Mannes gelegen. Nach dem Unfall ist jedoch ein
solches gelegt worden. Hätte es vorher gelegen, wäre der
Unfall jedenfalls nicht in der Form geschehen. Hoffent-
lich wird die Staatsanwaltschaft sich noch mit dem Falle
beschäftigen. Ausführende Firmen sind die Deutschen Fab-
rik- und Wärfel-Dampfmaschinenwerke in Oberhausen. Die
Kollegen sollten solche gefährlichen Arbeiten einfach ver-
weigern. Dieser Unfall dürfte auch mit dazu beitragen,
daß endlich den Sautenkontrollen der Zutritt zu
den industriellen Werken und Zechen gewährt wird!

Bau-Rundschau

Ueber die Lage des Baugewerbes im Mai

berichtet das Reichsarbeitsblatt in Nr. 11:
Die rege Bautätigkeit hat auch im Monat Mai weitere
Fortschritte gemacht, obwohl die Schwierigkeiten auf die
bereits im letzten Monat hingewiesen wurde, sich infolge
der wachsenden Teuerung verschärft haben.

Zu Hochbau kommen insbesondere Aufträge für
größere Anlagen für Kleinwohnungsbauten sowie für
Fabriken- und Umbauten, Umbauten für Hotels, Banken
und Neubauten herrschaftlicher Einfamilienwohnhäuser zur
Ausführung.

Der Beschäftigungsgrad im Ziegebau gewerbe ist
der gleiche geblieben. In Bayern erhofft man durch In-
angriffnahme der Arbeiten am Rhein-Main-Donau-Kanal
eine weitere Belebung. Bei ungelerneten Arbeitern übersteigt
das Angebot die Nachfrage; Facharbeiter dagegen sind sehr
gesucht. Teilweise waren in vielen Betrieben zu verzeich-
nen. Die Materialbeschaffung war schwierig, insbesondere
die von Zement litt fühlbar unter dem im Vormonat ein-
getretenen Zementartenmangel.

Nach den Veröffentlichungen der „Bauwelt“ sind im
Monat Mai 8316 Wohnhaus- sowie 516 Fabrik- und sonstige
Bauten in Deutschen Reich bekannt geworden gegenüber
3160 Neubauten im Mai des Jahres 1921 und 7913 Neu-
bauten im vorigen Monat.

Der Großkampf in der Zementindustrie

Der seit Ostern im Gange war und etwa vier Fünftel
der gesamten deutschen Zementherzeugung stielte, ist
abgebrochen worden. Ausständig ist nur noch die Beleg-
schaft des Werkes Langfurt (Main). Das Streitergebnis
samt, vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus gesehen,
nicht befriedigend. Der sozialdemokratische Fabrikarbeiter-
verband, der die Bewegung initiierte, ohne sich von
vornherein mit unserem christlichen Fabrik- und Trans-
portarbeiterverband in Verbindung zu setzen, hat bei
dieser Bewegung wahrlich keine Verdienste verdient. Es
durfte, daß er große Erzeugungsgebiete, wie Mittel-
deutschland, aus dem Kampf herausnahm, veranlaßte die
ganze Bewegung in Einzelaktionen. Der Kampf zeigte
so im Verlauf und Ausgang das gleiche unrentable Bild,
wie die jetzt ebenfalls zu Ende gegangene Großkamp-
bewegung in der süddeutschen Zementindustrie. Wir
meinen, in einer Zeit, wo ernstlich mit einem Konjunktur-
umschlag gerechnet werden muß, hat die Arbeiterschaft
alle Veranlassung, haushälterisch umzugehen mit ihrer

Kampfkraft und diese nicht in zweifelhaften oder gar
aussichtslosen Bewegungen zu vergeuden.

Bekanntmachungen

Berichtigung

In die neugedruckten Satzungen unseres Ver-
bandes, die ab 1. Juli 1922 Geltung haben, hat
sich ein Druckfehler eingeschlichen, dem wir alle
Besitzer der Satzungen sofort zu berichtigen bitten.
Nur § 30 Absatz 1 (Seite 33 unten) muß es heißen
„außer der Mindestleistung von 78 Wochen-
beiträgen“ — anstatt 52 Wochenbeiträgen.

Der Hauptvorstand.

S. U.: Jos. Wiedeborg.

Gewerkschaftsnadeln

Wie uns vom Christlichen Gewerkschaftsverlag mitge-
teilt wird, sind infolge sehr großer Bestellungen in den
letzten Wochen die Vorräte an Gewerkschaftsnadeln ver-
griffen. Bestellungen sind deshalb augenblicklich med-
los. In absehbarer Zeit dürften jedoch wieder neue Nadeln
herbeikommen, deren Preis natürlich erheblich höher sein
wird.

Expedition: P. Einzel.

Sterbetafel.

Am 3. Juni starb plötzlich durch Baunfall
unser lieber Kollege Josef Püllenberg im Alter
von 40 Jahren. Wir verlieren in ihm ein treues
und eifriges Mitglied.

Verwaltungsstelle Bochum.

Am 3. Juni verschied plötzlich infolge Schlag-
anfalles unser treuer Kollege Robert Ruhn im
Alter von 59 Jahren.

Ortsgruppe Belbert.

Am 4. Juni verstarb unser treuer Kollege Josef
Fack aus Großenast im Alter von 30 Jahren an
Lungenleiden.

Verwaltungsstelle Fulda.

Am 10. Juni starben durch Unglücksfall
unsere treuen Mitglieder, unser langjähriger Haus-
kassierer Georg Meinhart im Alter von 50 Jahren
und Wilhelm Dicken im Alter von 51 Jahren.

Verwaltungsstelle Düsseldorf.

Nach kurzer schwerer Krankheit starb im Alter
von 30 Jahren unser treuer Kollege Josef Mübs
an Herzschlag.

Zahlstelle Knapsack.

Am 15. Juni starb unser treuer Kollege Wilh.
Lung an Lungenentzündung im Alter von 49 Jahren.

Verwaltungsstelle Bonn.

Ehre ihrem Andenken!

Hier abtrennen!

Bestellzettel!

Erscheinungsort: Berlin. 3. Nachtrag der Zeitungspreisliste Seite 2.

Ich bestelle hiermit für das 2. Halbjahr 1922

1 Stück

„Genossenschaftliche Baupraxis“

Organ des Reichsverbandes
deutscher Bauproduktivgenossenschaften e. V.

zum Preise von 12,— Mark und 60 Pfg. Bestellgeld für das
Halbjahr (6 Hefen) und bitte um Lieferung und Eingiehung
des Betrages durch die Post.

Name: _____

Stand: _____

Wohnort: _____

Postbestellort: _____

Straße und Hausnummer: _____

An das Postamt

in _____

(Ausgefüllt dem Briefträger übergeben oder in den nächsten
Briefkasten werfen!)